V-89 Humanität und Ordnung: Asylrecht erhalten – Einwanderung gestalten

Antragsteller*in: Matthias Schimpf (KV Bergstraße)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die heutige Migrationssituation stellt Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen und trägt wesentlich dazu bei, dass immer mehr Menschen das Grundvertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren. Eine Bewältigung dieses Problems, das sowohl die Menschenrechte der schutzbedürftigen Migrantinnen und Migranten als auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung erfüllt, ist von fundamentaler Bedeutung für die Verteidigung und Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens. Genauso müssen wir feststellen, dass unser jetziges Vorgehen bei der Migration nicht human ist, sondern viel zu oft den Stärkeren hilft.

Wir wollen dazu beitragen, dass das Recht auf Asyl und seine Akzeptanz erhalten bleibt und dafür die anstehenden Probleme lösen.

Die Situation:

Viele Kommunen haben die Belastungsgrenze erreicht, oftmals auch schon überschritten. Der Landkreistag hat dies sehr deutlich gemacht und in seinem aktuellen Positionspapier klare Forderungen aufgestellt.

- Es fehlt an Häusern, günstigen Wohnraum und bebaubaren Flächen zur Unterbringung der Migranten, sowohl im Verfahren als auch anschließend nach einer Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass Menschen über einen langen Zeitraum in Provisorien untergebracht werden müssen.

- Beratungs- und Verwaltungsstrukturen, sowie Ehrenamtliche sind aufgrund der stetig steigenden Zahl von zu betreuenden Menschen überlastet, sie können weder ausreichende Betreuung noch Beratung und/oder Unterstützung bei der Integration anbieten oder leisten, Dies hat zur Folge, dass die Kommunen den Menschen zeitnah kein Integrationsangebot machen können und diese sich im Wesentlichen selbst überlassen bleiben.

- Kindertagesstätten und Schulen sind in vielen Fällen jenseits der Leistungs- und Belastungsgrenzen aufgrund der hohen Zahl der aufzunehmenden und zu integrierenden Kinder bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Dies hat zur Folge, dass wichtige pädagogische Förderung und Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.

- Versorgungsstrukturen der Bevölkerung wie die kinder- oder allgemeinärztliche Versorgung ist in vielen ländlichen Gemeinden schon heute angespannt und wird sich bei einem weiteren Zuzug wie in den vergangenen zwölf Monaten weiter massiv verschlechtern.

Hinter dem quantitativen Problem stehen aber auch eine Reihe grundsätzlicher Probleme, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen.

- Unter den vielen Geflüchteten und Asyl-Beantragenden, unabhängig von den Gründen ihrer Flucht, gibt es auch Menschen, die unserer Demokratie und dem Rechtsstaat massiv Schaden zufügen bis hin zu Gefährdern und Attentätern.

- Es gibt ein nicht nur von vielen Menschen subjektiv empfundenes, sondern auch real existierendes Sicherheitsproblem. Kriminalität, Extremismus, militanter Islamismus, Radikalisierungstendenzen und -strukturen bedrohen unsere freiheitich-demokratische Grundordnung und unser zivilgesellschaftliches Zusammenleben.

- Umgekehrt führt dies zu einem rapiden Akzeptanzverlust nicht nur der Migrationspolitik und des Asylrechts in der Bevölkerung, teilweise zu einem Generalverdacht gegen Menschen mit Migrationshintergrund und darüber hinaus zu Zweifeln an der Funktionstüchtigkeit des demokratischen Systems überhaupt.

GRÜNE Migrationspolitik nimmt die Herausforderungen ernst:

Wir bekennen uns zum individuellen Recht auf Asyl und erteilen Forderungen nach Abschaffung dieses Rechts eine klare Absage. Dieses Recht wollen wir erhalten, auch als Verpflichtung der deutschen Geschichte gegenüber und als Auftrag der Mütter und Väter des Grundgesetzes. Asyl kann aber nur Menschen gewährt werden, die unter die Regelungen des Art. 16 Abs. 1 unseres Grundgesetzes fallen.

Dabei stehen wir zu folgenden Grundätzen bei der Asylpolitik:

- Eine Politik, die Menschen in Not (politisch Verfolgte, vom Krieg Geflüchtete) Schutz und Hilfe gewährt;

- die sich zu den demographischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse nach einer
  Zuwanderung von Arbeitskräften bekennt und diese offensiv angeht;

- die legale Migration als Chance für unsere Gesellschaft begreift;

- die unsere demokratischen, emanzipativen, freiheitlichen Werte wehrhaft verteidigt gegen diejenigen, welche Straftaten begehen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden oder gar unser Land in ein «Kalifat“ verwandeln wollen, und solche Menschen konsequent des Landes verweist;

- die allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes eine höchstmögliche Sicherheit und Wohlfahrt zukommen lassen will, egal ob es einen Migrationshintergrund gibt oder nicht.

Für eine moderne Migrationspolitik müssen wir jetzt handeln:

Neben dieser klaren Positionierung wollen wir Grünen die bestehenden Probleme angehen, um die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern und ebenso die Akzeptanz für unser Asylrecht.

Daraus leiten wir Folgendes ab:

- Wir trennen die verschiedenen Arten von Migration und behandeln diese unterschiedlich.
    - Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG:
      Alle Menschen, die politisch verfolgt werden genießen bei uns Asyl.

    - Massenfluchten/Kriegsflüchtlinge:
      Diese werden möglichst in unmittelbarer Nähe der Herkunftsländer bewältigt und gegebenenfalls von uns temporär aufgenommen. Die kulturelle und oft auch sprachliche Ähnlichkeit erleichtert die Bewältigung der damit verbundenen riesigen Aufgaben. Familiäre Bindung und Rückkehr, sofern möglich, sind dort erheblich einfacher zu organisieren. Damit dies gelingt und humanitäre Missstände vermieden werden, bedarf es einer konsequenten und langfristig angelegten Unterstützung der aufnehmenden Länder durch die EU. Bei geeigneter Qualifikation und Integrationsbereitschaft ist eine Bleibeperspektive in unserem Land möglich.

    - Arbeitsmigration:
      Deutschland braucht legale Migration. Hier setzen wir auf diejenigen, die wir in unserem Land als Arbeitskräfte und zur Sicherung unserer Sozialsysteme benötigen. Es bedarf schnellerer und effizienterer Verfahren. Hierfür sind die Botschaften Deutschlands entsprechend auszustatten. Die Programme zur Anwerbung und Qualifizierung von Fachkräften in ihren Herkunftsländern sind auszubauen, Qualifikationen und Ausbildung im Inland sind im Rahmen gesonderter Programme zur forcieren. Im Herkunftsland erworbene

Qualifikationen sind unbürokratisch anzuerkennen, wo immer dies möglich und vertretbar ist.

- Wir unterstützen die Umsetzung des Gemeinsamen Europäische Asylsystems (GEAS).
- Wir unterstützen Asylzentren an die Europäischen Außengrenzen.
- Wir wollen weitere Drittstaaten in die Liste sicherer Herkunftsländer aufnehmen.
- Die Forderungsliste der schwarz-grün regierten Bundesländer für stringentere Regeln bei der Zuwanderung und der Terrorismusbekämpfung unterstützen wir.
- Wir befürworten den Einsatz von mobilen und stationären Grenzkontrollen, hierzu ist die Bundespolizei personell und organisatorisch entsprechend auszustatten.
- Wir befürworten die Abschiebung abgewiesener Personen unter Berücksichtigung der Lage im Herkunftsland.
- Wir befürworten die Abschiebung von Straftätern auch nach Syrien und Afghanistan.
- Wir befürworten eine Zuweisung von Geflüchteten an Gemeinden ausschließlich nur bei einer entsprechenden Bleibeperspektive.
- Wir benötigen dringend kürzere und straffere Aufnahmeverfahren.
- Wir befürworten eine Einschränkung des Familiennachzugs.
- Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung Menschen aus Krisengebieten aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen aufzunehmen. Die Anzahl dieser sog. Kontingentflüchtlinge ist aber grundsätzlich abhängig zu machen von dem aktuellen Migrationsgeschehens. Hier helfen wir häufig grade Frauen und Kindern, die es nicht schaffen aus eigener Kraft zu uns zu kommen.

weitere Antragsteller*innen

Silke Stokar von Neuforn (KV Hannover); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hans-Jürgen Roos (KV Bergstraße); Michael Merkel (KV Bochum); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Sina Maria Beckmann (KV Friesland); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach); Horst Becker (KV Rhein-Sieg); Markus Pfefferkorn (KV Bergstraße); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Jens Marco Scherf (KV Miltenberg); Reiner Daams (KV Solingen); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernhard Müller (KV Aachen); sowie 61 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.